

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 4 · 12. März 2003 · www.cdu-csu-ep.de



Referendum in Malta: Positives Signal für weite- ren Ratifizierungsprozess

Als ein positives und wichtiges Signal für den weiteren Ratifizierungsprozess in Malta und in anderen Beitrittsländern hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, den Ausgang der Volksabstimmung über den EU-Beitritt bewertet. Pöttering beglückwünschte Ministerpräsident Adami und die National Party, die ebenfalls Mitglied der EVP ist, zu dem Erfolg. Die National Party habe immer klaren Kurs auf Europa gehalten und habe die Menschen trotz der starken von der sozialistischen Partei angezettelten Bewegung gegen Europa von der europäischen Idee und dem Beitritt zur EU überzeugen können.

Inhalt

Markus Ferber:
Benesch-Dekrete
Seite 2

Hedwig Keppelhoff-Wiechert:
Forstpolitik
Seite 3

Doris Pack:
Beitrittsperspektive für
Südost-Europa
Seite 4

Ursula Schleicher:
EP-Delegation im
Südkaucasus
Seite 7-8

MARKUS FERBER:

Benesch-Dekrete verstoßen gegen Völkerrecht

EU-KOMMISSION UND BUNDESREGIERUNG HABEN IHRE HAUSAUFGABEN NICHT GEMACHT

Die tschechische Restitutionsgesetzgebung und das sogenannte Straffreistellungsgesetz für Verbrechen im Rahmen der Vertreibung nach Ende des zweiten Weltkrieges stehen nach den Rechtsgutachten der Völkerrechtler Bernitz und Blumenwitz im Widerspruch zu grundlegenden Rechtsnormen und den Menschenrech-

ten. Anlässlich einer parlamentarischen Anhörung der EVP-ED-Fraktion mit den Autoren der beiden Rechtsgutachten zu den Benesch-Dekreten, hat der Vorsitzende der CSU-Europaagruppe, Markus Ferber, Bundesregierung und EU-Kommission Versagen in dieser Frage vorgeworfen.

Anstatt diese Aspekte in den laufenden Beitrittsverhandlungen aufzugreifen und die tschechische Seite zu einer Korrektur zu veranlassen, habe EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen diese Frage jedoch zu einer rein bilateralen Angelegenheit zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik erklären wollen. Die deutsche Bundesregierung unter Kanzler Schröder und seinem vermeintlichen Wunder-



Markus Ferber MdEP

Außenminister Joschka Fischer habe ihrerseits ebenfalls keinerlei Initiative gegenüber der Tschechischen Republik ergriffen und das Problem im Gegensatz zur Vorgängerregierung Kohl versucht totzuschweigen.

„Es ist allein dem politischen Druck der EVP-ED-Fraktion einschließlich der deutschen Euro-

paabgeordneten von CDU und CSU zu verdanken, dass das Europäische Parlament die Fortgeltung der Benesch-Dekrete wieder auf die Tagesordnung gebracht und eine entsprechende Geste der Versöhnung von tschechischer Seite angeregt hat“, erklärte Ferber in Straßburg. Er appellierte erneut an Prag, im Geiste der Versöhnung die formelle Fortgeltung der Benesch-Dekrete aufzuheben, zumal diese nicht nur die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Deutschland und Österreich, sondern auch die der Ungarn mit ehemals tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft betreffen würden. „CDU und CSU werden in dieser Frage nicht nachlassen, weiterhin im Namen der Vertriebenen klar Stellung zu beziehen“, so Ferber.

HEDWIG KEPPELHOFF-WIECHERT:

Forstpolitik soll in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bleiben

EU MUSS SUBSIDIARITÄTSPRINZIP BEACHTEN

Das Thema „Forest Focus“ stand im Straßburger Plenum im Februar 2003 auf der Tagesordnung. Die Europäische Kommission hat mit diesem Vorschlag Ende 2002 ein neues System vorgelegt, mit dem das Monitoring von Wäldern und deren Wechselwirkungen mit der Umwelt besser erfasst und organisiert werden soll.

Mit diesem neuen Vorschlag werden die zwei alten Verordnungen zum Schutz der Wälder gegen Umweltverschmutzungen und gegen Brände zusammengefasst. Neu hinzu kommt das Monitoring für Maßnahmen im Zusammenhang mit der biologischen Vielfalt, der Klimaänderung und der Kohlenstoffbindung. Um dem Sechsten Umweltaktionsprogramm und der Strategie zur nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden, soll mit dieser Verordnung kein Bereich ausgelassen werden, der mit der Umwelt und dem Wald verbunden ist. Erklärtes Ziel ist es, alle Faktoren zu bekämpfen, die zur Verschlechterung des Waldzustandes in der EU beitragen.

Auch wenn die Zusammenfassung der zwei alten Verordnungen gegen Umweltverschmutzungen und gegen Brän-



H. Keppelhoff-Wiechert MdEP

de zu begrüßen ist, muss daran erinnert werden, dass die Forstpolitik in der Hand der Mitgliedsländer liegt! Die Subsidiarität wird seitens der Kommission in diesem Vorschlag nicht immer beachtet. Die reale Wirklichkeit der europäischen Forstwirtschaft und der 12 Millionen Waldbesitzer, die innerhalb der EU 65% der

Forstfläche bewirtschaften, wird in Brüssel nicht immer wahrgenommen. Besonders auf die Eigentumsrechte der Waldbauern muss verstärkt verwiesen werden. In der Generaldirektion Umwelt in Brüssel agieren Manager, um Richtlinien- und Verordnungsvorschläge zu entwickeln. Die eigentliche Arbeitsebene ist oftmals an diesen Vorlagen nicht genügend beteiligt. Es stellt sich für mich als Europaabgeordnete die Frage, welche Eigentumsrechte verbleiben bei den Waldbauern? Was soll der Forstwirt alles leisten ohne irgendeine finanzielle und oftmals auch ohne soziale Anerkennung der Gesellschaft?

Forest Focus muss in Europa das soziale, das ökonomische und das ökologische Feld abdecken. Schon in Rio wurde festgeschrieben, der Mensch steht

im Mittelpunkt einer nachhaltigen Entwicklung, er muss aber auch im Mittelpunkt eines nachhaltigen Waldes verbleiben. Forest Focus, Biodiversität und Monitoring sind Begrifflichkeiten auf der europäischen Ebene, die bäuerliche Forstfamilien kaum erklären können. Dafür nehmen sie seit Generationen die Hege und Pflege der Wälder in die Hand zum Wohle der gesamten Gesellschaft. Zum Nulltarif funktioniert dies bei den Junglandwirten nicht mehr. Die Waldbesitzer nehmen ihre Aufgaben zum nach-

haltigen Erhalt der europäischen Wälder und ihre Verantwortung gegenüber den gesellschaftspolitischen Erwartungen gerne an, aber nicht zum Nulltarif. Europa muss die Zuständigkeit der Forstpolitik den Mitgliedstaaten der EU überlassen.

Hedwig Keppelhoff-Wiechert (CDU Nordrhein-Westfalen) ist Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments.

Länder Südost-Europas sollen Beitrittsperspektive zur EU erhalten



Doris Pack MdEP

Die griechische Ratspräsidentschaft soll bei dem EU-Gipfel in Thessaloniki ein Zeichen für die Länder Südosteuropas setzen und diesen Ländern – insbesondere Kroatien, Serbien-Montenegro, Bosnien-Herzegovina, Mazedonien und Albanien – eine Beitrittsperspektive zur Europäischen Union eröffnen. Diese Erwartung sprach die Vorsitzende der Südosteuropadelegation im Europäischen Parlament, **Doris Pack** (CDU), Mitglied der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament, bei einer Sitzung des Vorstandes der EVP-ED Fraktion in Regensburg aus.

In einer Aussprache, die die EVP-ED Abgeordneten mit dem hochrangigen Vertretern aus der Region geführt haben, rief Doris Pack die Vertreter Bosnien-Herzegovinas nachdrücklich auf, sich gemeinsam für einen Staat mit festen Strukturen einzusetzen, in der jede ethnische Gruppe ihre Identität bewahren kann. Positiv wertete Doris Pack die Vorbereitung ökonomischer Reformen durch die Gruppe G17 plus in Serbien. Alle politisch Verantwortlichen müssten sich bewusst sein, dass die Schaffung einer die Grenzen überschreitenden Wirtschaftsregion in Südosteuropa, die wichtigste Voraussetzung für ausländische Investitionen sei. Doris Pack begrüßte in diesem Zusammenhang, dass Kroatien das Abkommen zur Zusammenarbeit im Energiesektor endlich auch unterzeichnet hat.

Die abscheuliche Ermordung des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic habe gezeigt, wie bedroht die demokratische Entwicklung in der Region immernoch sei. Es bleibe aber zu hoffen, dass alle demokratischen Kräfte in Serbien ihrer hohen Verantwortung gerecht würden und mit der Unterstützung der EU ihren Beitrag dazu leisteten, dass der Demokratisierungs- und Reformprozess in der Region weitergeführt wird, so Doris Pack.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ **EVP-ED-Fraktionsvorstand tagte in Regensburg**

Vor zweihundert Jahren wurde in Regensburg mit dem sogenannten Reichsdeputationshauptschluss eine neue Epoche in der Geschichte Deutschlands und Europas eingeleitet. So wie damals mit dem Ende des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation eine neue europäische Ordnung geschaffen werden mußte, so steht die Europäische Union mit der Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten vor einschneidenden Veränderungen. Aus diesem Anlass befasste sich der Vorstand der mit 232 Abgeordneten größten Fraktion im Europäischen Parlament mit der Entwicklung der Donauregion in Regensburg, das einst als blühende Handelsmetropole in besonderem Maße von seiner Lage an der Donau profitierte und nun mit der Erweiterung erneut von der ehemaligen Grenzlage zurück in das Zentrum Europas rückt.

Im Rahmen von vier Arbeitsgruppen diskutierten die EVP-ED-Abgeordneten mit namhaften Vertretern aus den Beitrittskandidatenländern sowie dem gesamten südosteuropäischen Raum, darunter Bulgarien, Rumänen, Kroatien, Moldawien, Bosnien-Herzegowina und Serbien. Themenschwerpunkte waren dabei die Entwicklung der Donauregion im Hinblick auf die beiden nächsten Erweiterungsrounden 2004 und 2007, die Bedeutung der Donau

als europäische Verkehrsachse einschließlich umweltpolitischer Aspekte sowie die historische Bedeutung des Flusses als eine der historischen Entwicklungsachsen in Europa. Insbesondere im Hinblick auf den geplanten Ausbau der Donau als einer zentralen Verkehrsachse der Europäischen Union gelang es zudem erstmals, auch Vertreter bisher verfeindeter Balkanstaaten wieder an einen Tisch zu bringen.

■ **Europäisches Parteienstatut kommt**

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), hat den inzwischen von der EU-Kommission angenommenen Vorschlag über ein europäisches Parteienstatut ausdrücklich begrüßt. Damit werde ein wichtiger Beitrag hin zu mehr Transparenz bei der Finanzierung und zur Anerkennung der Rolle europäischer Parteien geleistet. Die EVP-ED-Fraktion setze sich seit langem für Klarheit bei der Finanzierung der europäischen politischen Parteien ein, so wie dies im übrigen auch vom Europäischen Rechnungshof gefordert werde. Die seit dem Maastricht-Vertrag anerkannte Rolle der europäischen Parteien bei der Willensbildung der EU-Bürger und Bürgerinnen werde mit dem Parteienstatut nun konkret umgesetzt. Folglich sollte dieses Statut nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden nach entsprechender Prüfung durch das Europäische Parlament im Mitentschei-

dungsverfahren gemeinsam mit dem Rat noch unter griechischer Ratspräsidentschaft angenommen werden.

■ **EU-Agrarpolitik ist vereinbar mit Welt-handelsverpflichtungen**

Als mit ihren internationalen Verpflichtungen vereinbar hat der Vorsitzende des Agrarausschusses des Europäischen Parlaments, **Joseph Daal** (EVP-ED/F), die Verhandlungsposition der EU im Hinblick auf die Gemeinsame Agrarpolitik bei den WTO-Verhandlungen bezeichnet. Die Europäische Union verfolge in diesem Zusammenhang zwei grundsätzliche Prioritäten: Erstens, die sich aus dem Doha-Prozess ergebenden gegenseitigen Marktzugangsgarantien und zweitens, die Verteidigung der unterschiedlichen Agrarmarktmodelle auf internationaler Ebene. Notwendig dazu seien jedoch neben einem Klima gegenseitigen Vertrauens, ausgewogene Konzessionen aller Beteiligten sowie eine gerechte Lastenverteilung unter den Industrieländern, was bisher nicht der Fall sei. Darüberhinaus gelte es, die Bedürfnisse der ärmsten Länder durch möglichst lange Übergangszeiten und möglichst geringe Kürzungen beim Marktzugang von Entwicklungsländern zu berücksichtigen. Daal bekräftigte die Unterstützung des Agrarausschusses für das europäische Modell der Gemeinsamen Agrarpolitik und lehnte eine völlige Aushöhlung gemeinsamer Marktordnungen für landwirtschaftliche Produkte auf der Ebene der Welthandelsorganisation (WTO) ab. Den nationalen Regierungen müsse vielmehr statt totaler Marktliberalisierung ein gewisser Spielraum bleiben, um unterschiedlichen Gegebenheiten Rechnung tragen zu können.

■ **Biokraftstoffe sollen Schadstoffbilanz verbessern**

Mit deutlicher Mehrheit angenommen wurde der Bericht der spanischen EVP-ED-Abgeordneten **Pilar Ayuso González** zum Richtlinienentwurf der EU-Kommission über die Förderung von Biokraftstoffen in der Europäischen Union. So soll der Marktanteil umweltfreundlicher Biokraftstoffe bis 2010 von derzeit 2 Prozent auf 5,75 Prozent gesteigert werden, unter anderem durch Steuerbefreiungen für solche Kraftstoffe und die Festlegung eines festen gesetzlichen Rahmens. Die Europaabgeordnete wies darauf hin, dass Biodiesel und Bioäthanol bis zu 80 Prozent weniger Treibhausgase nach sich ziehen als fossile Brennstoffe und damit auch einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der europäischen Verpflichtungen beim Kyoto-Protokoll, leisten können. Umso bedauerlicher sei es, dass sich noch immer einige Mitgliedstaaten gegen die Festlegung verbindlicher Biokraftstoff-Zielvorgaben gestäubt hätten, obwohl gerade der Transportsektor für 60 Prozent des Kohlendioxidausstosses verantwortlich sei. Allerdings habe der Ausschuss bereits für das Jahr 2007 eine Revisionsklausel vorgesehen, um die verbindliche Einführung von Biokraftstoffen in der gesamten EU zu ermöglichen. Derzeit seien Deutschland, Frankreich und Spanien die führenden Hersteller von Biokraftstoffen, wobei jedoch noch immer erhebliche Unterschiede bei den Produktions- und Qualitätsstandards bestünden.

*Knut Gözl, EVP-ED-Pressestelle,
kgöelz@europarl.eu.int*

URSULA SCHLEICHER:

Europaabgeordnete setzen sich für friedliche Entwicklung im Südkaukasus ein

HEIKLE MISSION EINER SONDERDELEGATION DES
EUROPÄISCHEN PARLAMENTS NACH GEORGIEN

Auf Einladung der georgischen Parlamentspräsidentin Nino Burjanadze hat eine Sonderdelegation des Europäischen Parlaments vom 24. bis 28. Februar 2003 Georgien besucht. Ziel war die Information und Vermittlung im seit dem Krieg vor 10 Jahren ungelösten Konflikt um Abchasien.

Die drei Länder des Südkaukasus – Armenien, Aserbaidschan und Georgien – sind junge Demokratien an der zukünftigen Außen- und Grenzlinie der Europäischen Union. Mit eigenen zum Teil erheblichen Energievorräten, als Durchgangsstation für Energietransporte zum Westen und als Landbrücke nach Zentralasien und zum fernen Osten, sind sie geopolitisch und strategisch für viele interessant. Untereinander zerstritten, dem direkten Einflußbereich Russlands ausgeliefert, von „Clan-Wesen“, Korruption und Wirtschaftskriminalität regiert, schwelt dort ein Pulverfaß.

Die drei Länder sind inzwischen Mitglied im Europarat. Die Europäische Union unterhält mit allen drei Staaten Partnerschafts- und Kooperationsab-



Ursula Schleicher MdEP

kommen. Das Europäische Parlament hat eine Delegation für die Zusammenarbeit EU-Armenien, EU-Aserbaidschan und EU-Georgien, die sich regelmäßig mit Abgeordneten dieser Länder trifft.

In dem schwierigen politischen Umfeld des Südkaukasus kämpft Georgien mit besonderen Problemen. Inner-

halb des kleinen Landes gibt es vier Krisenregionen, die dem Einfluss der Zentralregierung aus den unterschiedlichsten Gründen entglitten sind: Abchasien, Südossetien, das Pankisi-Tal und Adjara. Obwohl die georgische Verfassung einen gewissen Autonomie-Status vorsieht, strebt Abchasien die „Unabhängigkeit“ von Georgien an. Im mörderischen Bürgerkrieg vor 10 Jahren wurden Georgier „des Landes“ verwiesen, im Ergebnis eine Art ethnische Säuberung. Diese ca. 300 000 vertriebenen Georgier leben seither als Flüchtlinge in georgischen Notunterkünften und möchten in ihre Heimat zurück. Die verbliebenen 200 000 Abchasier können nur mit fremder Hilfe, unter anderem durch die UN, private

Hilfsorganisationen und vielfältiger offener und versteckter Unterstützung aus Russland, existieren. Die Grenze zu Russland begünstigt Schmuggel jeder Art. Trotzdem leben die Abchasier in unbeschreiblicher Armut. Die Delegation des Europäischen Parlaments aus vier Fraktionen war schockiert zu sehen, dass eine Dekade nach Kriegsende nicht einmal die Kriegsschäden beseitigt sind.

Die Delegation hatte Gelegenheit, mit Vertretern der georgischen Regierung und des georgischen Parlaments, auch mit Präsident Schewardnase zu sprechen, ebenso wie mit internationalen Organisationen und Vertretern des Diplomatischen Corps und mit Flüchtlingen aus Abchasien in Tiflis. In Abchasien traf die Delegation mit Vertretern der „De facto-Regierung“ und von örtlichen und internationalen Hilfsorganisationen zusammen.

Abchasien als Staat nicht überlebensfähig

Abchasien will auf keinen Fall zu Georgien gehören, als Staat ist es nicht überlebensfähig und von niemandem weltweit anerkannt, auch von Russland nicht. Allerdings treibt Russland ein doppeltes Spiel: Ca. 90% der Abchasier haben inzwischen ihre ehe-

mals sowjetischen Pässe verlängert und können – quasi als Bürger Russlands 2. Klasse – damit ins Ausland reisen. Russland hat außerdem die Eisenbahnverbindung nach Sukumi, der „Hauptstadt“ Abchasiens wieder instand gesetzt. Früher oder später könnten die von Russland geschaffenen Fakten in einem instabilen Georgien zur Annektion Abchasiens führen.

Die Fronten verhärten sich

Ziel der Delegation des Europäischen Parlaments war es, zwischen Georgien und Abchasien zu vermitteln und abzutasten, was möglich ist. Die Fronten sind verhärtet. Offiziell ist die Haltung Abchasiens offen, allerdings – so der Eindruck der Parlamentsdelegation – scheint Abchasien geneigt zu sein, sich Russland anzuschließen. Solange sich in Georgien keine politischen Veränderungen ergeben – Präsident Schewardnadse ist noch bis 2005 im Amt, im November diesen Jahres finden Wahlen zum georgischen Parlament statt – scheint zwischen Georgien und Abchasien kein Gespräch möglich zu sein.

Ursula Schleicher (CSU) ist Vorsitzende der Südkaukasien-Delegation des Europäischen Parlaments.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egemannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-8 02-0. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.